

Aktiv in den Sommerferien

Beirat tagt in der Drostei

Während der Sommerpause fand in der Drostei die mehrfach verschobene Beirats-sitzung der Stiftung Landdrostei statt. Für die CDU nahm Burkhard E. Tiemann teil, der 15 Jahre lang stellvertretender Vorsitzender der Stiftung war. Geschäftsführer Jens Bollwahn berichtete über den 2 Tage vor der Sitzung beurkundeten Kauf des alten Zollhauses in Pinneberg durch den Kreis und das überarbeitete Nutzungskonzept.



So solle im Erdgeschoss die Stiftungsverwaltung einziehen, so dass im Erdgeschoss der Drostei mehr Flächen frei werden für barrierefreie Kulturveranstaltungen. Im Mittelgeschoss sollen Räume für Vereine, Verbände und ggfls. die Kreisverwaltung vorgehalten werden. Das Obergeschoss ist für Veranstaltungen und Ausstellungen vorgesehen, die per Aufzug auch für Menschen mit Behinderungen erreichbar sein werden. Das Gebäudemanagement des Kreises sei nun gefordert, die Kosten für Renovierung und Umbau zu ermitteln. Das letzte Wort werde dann die Politik haben.

Erinnerung wachhalten

Michael Leeske (KV Pinneberg) moderierte die Arbeitskreistreffen der AG Erinnerungskultur, an der neben den Honorarkräften Prof. Grieger und Dr. Glaser auch Dr. Harald Schmid (Leiter Gedenkstätten SH), Uta Körby, Sabine Schäfer-Maniezki (Bündnis 90/Die Grünen) und Burkhard E. Tiemann (CDU) teilnahmen und über die Einrichtung einer oder mehrerer Erinnerungskonferenzen diskutiert wurde.

An die Gräueltaten der Nationalsozialisten werde auch heute noch erinnert. Doch Eine ZDF-Umfrage aus dem Jahr 2020 zeige, dass die Bereitschaft dazu nachlasse. Fast jeder Dritte stimme der Aussage zu, die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ziehen. Außerdem zeige ein großer Teil der Befragten Wissenslücken beim Thema Holocaust.

Trotz wissenschaftlicher und pädagogischer Aufarbeitung über Jahrzehnte gehe Wissen und Interesse verloren. Weil damit die Gefahr steige, dass der rechte politische Rand noch stärker werde und die Geschichte sich wiederhole, sei es wichtiger denn je, das Vermächtnis der Opfer, ihren moralischen Imperativ des „Nie wieder“ zu bewahren und an künftige Generationen weiter zu geben.

Deshalb sei es eine richtige Entscheidung des Kreistages gewesen, die Erinnerungskultur im Kreis Pinneberg zu stärken und Hilfestellung zu geben, die Akteure zu vernetzen. „Denn wir dürfen nicht vergessen, die Schuld nicht verdrängen“, so Tiemann. Aber immer noch denke knapp die Hälfte der älteren Deutschen, sie hätten „nicht so viel“ bis keinerlei Schuld an der Vernichtung der Juden getragen, 81% sagen sogar, die meisten Deutschen hätten wenig bis gar nichts über den Holocaust gewusst. Welche Folgen es habe, wenn man sich nicht mit der Geschichte auseinandersetze und sie nach und nach umzuschreiben versuche, zeige sich heute im russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Kontakt gehalten

Seit fast 100 Jahren unterhält der Kreis Pinneberg eine Partnerschaft mit der „Deutschen Volksgruppe in Hadersleben und Umgebung (Dänemark). Daraus hervorgegangen ist vor 70 Jahren die Patenschaft zur Deutschen Schule in Hadersleben. 15 Jahre lang hat Burkhard E. Tiemann als Kreispräsident an der alljährlichen Entlassfeier der ältesten Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Im ersten Jahr nach Corona hatte die Schule ihn nicht vergessen und zu der feierlichen Abschlussveranstaltung eingeladen. Für den Kreis Pinneberg hat die stellvertr. Kreispräsidentin Elke Schreiber ein launiges Grußwort gehalten, da KP Helmuth Ahrens im Urlaub weilte.



Auch zum Knivsbergfest, neben dem Deutschen Tag das größte gesellschaftliche Ereignis der Deutschen Minderheit in Dänemark, war Tiemann eingeladen. Wohl versehentlich hatte der Kreis Pinneberg keine Einladung erhalten. Tiemann stellte aber sicher, dass im kommenden Jahr der Kreis wieder eine Einladung bekommt.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

im Juli fand kein Kreistag und nicht eine einzige Ausschusssitzung statt. Doch wer meinte, die Kreispolitik hätte in den Sommerferien die Hände in den Schoß gelegt, der hat sich getäuscht.

Und wer gedacht hat, in Ermangelung von politischen Aktivitäten würde es im Juli keinen Newsletter der Kreistagsfraktion geben, muss sich durch die hier vorliegende Ausgabe Nr. 47 eines Besseren belehren lassen. Denn trotz der Sommerpause war die CDU aktiv. Die Teilfraktion „Umwelt, Sicherheit und Ordnung“ hat eine Besichtigung des Hamburger Flughafens organisiert und dort Einsicht in umwelt- und Klimaschutzpolitische Maßnahmen des Hamburg Airports erhalten (siehe Pressemitteilung Seite 3).

Die wichtige Arbeitsgruppe „Erinnerungskultur“ tagte zum zweiten Mal. Im Drosteibeirat erhielt die Kreispolitik neue Erkenntnisse nicht nur zu kulturellen Aktivitäten der Stiftung Landdrostei, sondern auch zu den Planungen rund um das Alte Zollgebäude am Drosteipark. An beiden Veranstaltungen nahm unser Geschäftsführer und Pressesprecher teil und hat mich ausführlich darüber informiert.

Im August wird mit dem Hauptausschuss und dem Kreistag wieder Vollgas gegeben. Die Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2023/24 stehen an, und die Errichtung eines Zentralklinikums sowie die Sicherung der Müllentsorgung im Kreis Pinneberg werden die Mitglieder des Kreistages und die Verwaltung noch reichlich fordern. Packen wir's also an.

Bis dahin
herzliche Grüße,
Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

8 Fragen an die 2 Landtagsabgeordneten der Kreistagsfraktion

Im Newsletter Nr. 45 hatte Pressesprecher Burkhard E. Tiemann Gelegenheit mit den Kreistagsabgeordneten Birte Glißmann und Martin Balasus, die im Mai in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt wurden, ein Gespräch über ihre Zukunftspläne, Wünsche und Erwartungen zu führen.



Birte Glißmann, Burkhard E. Tiemann, Martin Balasus

Jetzt hat der Newsletter beiden 8 Fragen zu ihren Eindrücken und neuen Aufgaben gestellt.

1. Wie habt Ihr Euch im Landtag eingelebt?

Birte: Gut! Die erfahrenen Kollegen und die Mitarbeiter in der Fraktion sowie der Landtagsverwaltung sind dabei sehr nett und hilfsbereit! Jetzt wird die Sommerpause genutzt, um die Arbeit zu strukturieren, damit es dann richtig losgehen kann!

Martin: Ehrlich gesagt: Ich bin immer noch dabei, mich einzuleben. Landtag samt Partnerschaft zur Regierung – das ist ja nicht wie bei einem Kochrezept, wobei man alles mal eben nach Vorschrift zusammenrührt, und dann funktioniert es schon. Neben der ganzen unbekanntenen Infrastruktur bedeutet „Landtag“ ein vielschichtiges Netzwerk von Personen und Beziehungen. Das ist nicht so schnell zu durchdringen. Aber ich arbeite daran – und das Schönste an der Sache: Es macht viel Spaß!

2. Welche Aufgaben oder Ämter hat die Fraktion Euch übertragen?

Birte: Ich wurde zur parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion gewählt. Damit bin ich für die Organisation der Fraktionsgeschäfte zuständig und Ansprechpartnerin für die Belange der Fraktionsmitglieder, aber auch der Mitarbeiter. Darüber hinaus bin ich Sprecherin für Justiz, Verfassungsschutz und Opferschutz sowie Garten- und Landschaftsbau sowie Baumschulen. Diese Funktionen übe ich als Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss, sowie als stellvertretendes Mitglied im Agrar- und Umweltausschuss, sowie im Ausschuss für die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg aus.

Martin: Es ist eine große Freude und Ehre für mich, dass ich sowohl zum Bildungspolitischen Sprecher als auch zum Sportpolitischen Sprecher der Fraktion gewählt wurde. Ich als Greenhorn im Landtag bekam diese wichtigen Funktionen! Ich sehe das als gewaltigen Vertrauensvorschuss. Als Aufgabe sehe ich die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags, die ja teils sehr allgemein sind, durch Kreativität mit Leben zu erfüllen. Aber das Wichtigste: Alle Anliegen aufnehmen, die ich von den Wählerinnen und Wählern im Wahlkreis erhalte – denn sie sind der Souverän, sie sind meine Chefinnen und Chefs. Ihre Steuer-gelder bezahlen mein Brot.

3. Wie habt Ihr die Wahl Daniel Günthers zum Ministerpräsidenten erlebt?

Birte: Die Wahl von Daniel Günther war etwas Besonderes! Neben der konstituierenden Sitzung des Landtages auf jeden Fall ein weiterer Gänsehaut-Moment! Über das tolle Ergebnis habe ich mich sehr gefreut!

Martin: Es war schon ein ganz besonderer Tag, an dem ich sehr mitgefiebert habe. Solche Ereignisse bleiben in Erinnerung, schließlich beginnt etwas Neues, Aufregendes.

4. Wie gestaltet sich der Umgang und Austausch mit den Grünen?

Birte: Gut und konstruktiv. Durch die Koalitionsverhandlungen haben wir uns schon gut kennenlernen können.

Martin: Nun ja, von einigen Ansichten und Denkmustern bin ich dann doch ein Stück weit entfernt. Aber auch hier gilt: Der persönliche Austausch ist wichtig. Ob Christdemokraten oder Grüne: Jeder und jede weiß von der oder dem anderen, dass alle das Beste für Land und Leute erreichen möchten. Und darum, was das Beste ist und wie man dahin kommt, wird halt gerungen. Und das macht man am besten fair und pragmatisch.



5. Habt Ihr das Gefühl, dass die schwarz-grüne Koalition wie „Jamaica“ bis zum Ende der Wahlperiode hält?

Birte: Auf jeden Fall! Der Koalitionsvertrag gibt hierfür einen klaren Plan vor, den wir gemeinsam umsetzen wollen!

Martin: Ja. Und nicht nur das Gefühl, denn bei Politik, kommt es in erster Linie nicht auf Gefühle an, sondern auf Rationalität. Es gibt gute Argumente dafür, dass die Sache klappen wird.

6. Wie können die Menschen und die Mitglieder in Euren CDU-Ortsverbänden Kontakt zu Euch aufnehmen?

Birte: Am einfachsten geht das per Mail unter info@birteglissmann.de. Ich freue mich aber auch über Anrufe unter 0151 55985276. Sollte ich nicht rangehen, einfach eine Nachricht auf der Mailbox hinterlassen.

Martin: Am besten per Mail an martin.balasus@cdu.ltsh.de. Denn wie sagte schon unser Dichterkönig Goethe: „Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“

7. Was sind Eure vordringlichen Ziele für diese Legislatur?

Birte: Eines meiner wichtigsten Ziele ist es, dass wir endlich der 100%igen Mobilfunkabdeckung näher kommen, gerade für die ländlicheren Regionen unfassbar wichtig!



Martin: Den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen in meinem Wahlkreis helfen, wo immer ich kann, und den Koalitionsvertrag umsetzen. Und im Bereich Bildung steht die Gewinnung von neuen Lehrkräften im Fokus.

8. Was wäre aktuell Euer größter Wunsch bezogen auf Eure politische Karriere?

Birte: Ich möchte möglichst viele Punkte aus dem Koalitionsvertrag für den Wahlkreis, aber auch ganz Schleswig-Holstein umsetzen und dabei den Spaß an der Politik nicht verlieren!

Martin: Gesundheit. Denn ohne Gesundheit ist alles nichts. Und natürlich genügend Zeit für meine Familie, die ja schon im Wahlkampf häufig auf mich verzichten musste.

Pressemitteilungen aus der Kreistagsfraktion

CDU besucht Flughafen Hamburg

Informationen zu Umwelt- und Klimaschutz
Die CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag hat die politische Sommerpause genutzt, um sich umfassend vor Ort über das Klimaschutzkonzept sowie die Umwelt-schutzmaßnahmen des Flughafens Hamburg zu informieren. Jörn Kruse hatte den Besuch für die CDU-Delegation organisiert, um auch Ideen für den Kreis Pinneberg mitzunehmen.

Mit über 15.000 Mitarbeitern ist der Flughafen auch für den Kreis Pinneberg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor; gleichzeitig stellt er mit seiner innerstädtischen Lage, über 150.000 Flugbewegungen und über 15 Mio. Fluggästen jährlich auch eine relevante Belastung der Umwelt, des Klimas und auch des Lärmschutzes dar. Entsprechend wurde bereits vor über 30 Jahren begonnen, Umweltprojekte zu initiieren und die CO₂-Emissionen konsequent zu reduzieren. Ende 2021 konnte der Flughafen dann als einer der ersten weltweit CO₂-Neutralität erreichen.



Bei der Führung über das Gelände und die Anlage veranschaulichte der zuständige Projektleiter wegweisende Projekte: So sei die umfangreiche Fahrzeugflotte auf Elektro-, Erdgas- und Brennstoffzellenantrieb (Wasserstoff/H₂) umgestellt worden und verbliebene Verbrennungsmotoren würden mit synthetischem Kraftstoff betrieben. In einem 11 m tiefen Thermolabyrinth werde die Außenluft je nach Saison vorgekühlt bzw. vorgewärmt. Auf dem Rollfeld wartenden Flugzeugen sei es verboten, ihre Hilfsturbinen zur Energieerzeugung zu nutzen. Stattdessen würden sie mit grünem, flughafeneigenem Landstrom versorgt. Dies reduziere nicht nur die CO₂-, sondern auch die Lärmemissionen.

Zum Ausgleich des noch vorhandenen Rest-CO₂-Ausstoßes besitzt der Flughafen im Kreis Segeberg einen Klimawald. Zudem werden weltweit Projekte mittels Zukaufs von Klimazertifikaten unterstützt. Die Ziele hören dabei bei der eigenen CO₂-Neutralität nicht auf: Viele Technologien und Antriebe wurden selbst entwickelt

und weltweit weitervermarktet, womit der Flughafen nicht nur vor Ort beim Klimaschutz hilft. Davon zeigte sich Dr. Tobias Löffler, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion beeindruckt. Der Flughafen engagiere sich zudem bei Projekten zur Entwicklung nachhaltiger Kraftstoffe als Ersatz für fossiles Kerosin, so dass das Ziel einer insgesamt CO₂-neutralen Luftfahrt mittel- bis langfristig erreicht werden könne.

Insgesamt überzeuge der Flughafen nicht nur mit zahlreichen Einzelmaßnahmen, sondern besonders auch mit der Art und Weise, wie das Ziel des Klima- und Umweltschutzes verfolgt werde: „Anstatt ideologisch stur an bestimmten Ideen festzuhalten, werden neue Technologien regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und wenn nötig ersetzt“, so Löffler und Kruse. Beispielhaft sei der Wandel von Erdgas- und Elektromobilität zu Wasserstoffantrieben. Auf derart pragmatische Entscheidungen bei Klimaschutzmaßnahmen setze auch die CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag. Beispielweise werde zu überprüfen sein, inwieweit die Umstellung der Dienstwagenflotte auf E-Antrieb langfristig klimaschonend sein werde.

Stadtwerke unterstützen!

Pragmatisches Vorgehen in der Energiekrise
Für pragmatisches Vorgehen in der Energiekrise spricht sich der Landtags- und Kreistagsabgeordnete Martin Balasus aus. „Die Aussichten sind alarmierend. Es drohen soziale Verwerfungen. Wir müssen handeln. Jetzt!“ Diese Bilanz zieht Balasus (CDU) nach einem Gespräch mit Jörn Peter Maurer, Geschäftsführer der Stadtwerke Wedel, und Olaf Deich, Geschäftsführer der Stadtwerke Uetersen.

Balasus hat sich von den Chefs der beiden kommunalen Energieversorger über die aktuelle Lage auf dem Strom- und Gasmarkt informieren lassen. Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine, die anschließenden Sanktionen der EU und die daraus resultierende Gas-Politik Moskaus sei bei einem bestimmten Szenario eine Gaspreiserhöhung mindestens um das Dreifache nicht auszuschließen. Weil deshalb viele Menschen das Heizen mit Stromradiator als Alternative nutzen könnten, werde es auf jede Kilowattstunde erzeugten Stroms ankommen, so Balasus.

Er unterstütze deshalb die Wünsche der beiden Stadtwerke-Geschäftsführer an die Politik: Die noch verbliebenen konventionellen Kraftwerke wie beispielsweise Kernkraftwerke müssten übergangsweise und



zeitlich befristet am Netz bleiben und bürokratische Hürden, die dem Ausbau der Erneuerbaren Energien wie Photovoltaik im Wege stünden, müssten endlich fallen. Konkretes Beispiel dafür sei die umgehende Öffnung von Landschaftsschutzgebieten für den Bau von PV-Anlagen, wo es Sinn mache. Technisch könnten mehrere Hektar große Freiflächensolaranlagen innerhalb weniger Wochen entstehen, Flächen und Material stünden bereit.

Aber die Genehmigungen, wenn sie denn möglich seien, dauerten Monate, wenn nicht Jahre, erklärt der Landtagsabgeordnete. Spar-Duschköpfe und die Absenkung der Wohnungstemperatur würden nicht reichen, um das zu kompensieren. Denn hier herrsche die Physik und nicht etwa Dogmen. Deshalb seien Bundeswirtschaftsminister Habeck und Bundesumweltministerin Lemke gefordert, unverzüglich Entscheidungen zu treffen. Sie mögen schmerzhaft sein – aber außergewöhnliche Umstände erforderten außergewöhnliche Maßnahmen, stellte der Landtagsabgeordnete klar: „Wir müssen unsere Stadtwerke unterstützen, wo wir können.“ Hierzu gehöre auch eine Vereinfachung der Prozesse rund um Photovoltaik für zu Hause, sei es auf dem Dach oder beim Einsatz sogenannter ‚Balkon-Anlagen‘. „Wir müssen es den Menschen ermöglichen, da, wo es geht, sich selbst helfen zu können“, so Balasus.

Wer das aktuelle System der Energieversorgung verstehe, begreife auch, dass es sich hier nicht um Alarmismus handele, sondern um logische Konsequenzen. Die beiden Stadtwerke lieferten an Zehntausende von Kunden in der Region Erdgas, das sie zu Teilen von der Firma Uniper bezögen, die es wiederum zu großen Mengen aus Russland importiere. Auch wenn Russland nicht liefere, habe Uniper doch die Verpflichtung, die mit den Stadtwerken vereinbarten Liefermengen zum ausgemachten niedrigen Preis abzugeben. Fehlmengen müssten zu horrenden Einkaufskosten woanders beschafft werden. Nach den Regelungen des sogenannten „Energiesicherungsgesetzes“ (EnSiG) könnten diese Mehrkosten quasi per sofort über die Stadtwerke an die Kunden weitergereicht werden – nach Berechnungen der Energiewirtschaft könne so die beschriebene Preiserhöhung um mindestens das Dreifache an die Haushalte zurollen. Deshalb sei die Unterstützung des Bundes für das

Unternehmen sinnvoll, um diesen Teufelskreis zumindest etwas zu entschärfen und die Mehrkosten auf das nächste Jahrzehnt zu verteilen. Ebenso folgerichtig sei laut Balasus die von Ministerpräsident Daniel Günther vom Bund gewünschte Unterstützung der Stadtwerke.

Balasus schloss sich der Forderung der Stadtwerke-Geschäftsführer an, dass der Bund umgehend eine Verordnung nach Paragraph 26 Energiesicherungsgesetz erlässt. Hier gehe es um eine „saldierte Preisanpassung“, die vereinfacht formuliert die Mehrkosten in der Beschaffung bundesweit gleichmäßig auf alle Letztverbraucher verteile. So müssten auch die Stadtwerke im Westen, die weiterhin günstiges Gas zum Beispiel aus Holland erhielten, die Lasten jener Stadtwerke solidarisch mittragen, die aufgrund der Lieferinfrastruktur bisher russisches Gas bekämen, aber auf teuren Ersatz ausweichen müssten. Die aktuellen Mehrkosten könnten auf diese Weise zumindest auf mehrere Jahre gestreckt werden.

„Der Kanzler sprach von einer Zeitenwende. Das gilt nicht allein für die Verteidigung, sondern auch für die Energieversorgung. Machen wir uns nichts vor: Deutschland befindet sich in einem Wirtschaftskrieg, bei dem sich die Frage stellt, wer schneller ist: Der Industriestandort Deutschland bei der Lösung seiner Energieprobleme oder Russland bei der Erschließung neuer Absatzmärkte? Wir werden gezwungen sein, angesichts der Dramatik der Lage auf dem Energiemarkt neue Prioritäten zu setzen“, so Balasus. Das Wünschenswerte müsse jetzt zugunsten des absolut Notwendigen zurücktreten. Wenn die explodierenden Gas- und Strompreise ungebremst auf die Bevölkerung durchschlugen, drohten in der Gesellschaft soziale Verwerfungen. Es sei eine Horrorvorstellung, wenn sich Menschen im Winter keine warme Stube mehr leisten könnten. „Da kann man sich an fünf Fingern abzählen: Frierende Menschen machen sich womöglich durch Massendemonstrationen warm.“ Dass Putin nun doch wieder (wenig) Gas liefere, ändere nichts an der Grundproblematik. Denn zur Realität gehöre auch, dass der Ersatz von günstigem russischen Erdgas durch teureres Flüssiggas beispielsweise aus USA oder Katar langfristig mindestens zu einer Verdopplung der Gaspreise führen werde.

In puncto „Strom“ müssten unbedingt bestehende Erzeugungskapazitäten Bestand haben und neue Kapazitäten aufgebaut werden, um abzusehenden Nachfragesteigerungen zur Deckung des Wärmebedarfes beispielsweise zum Betrieb von Wärmepumpen zu begegnen. Für den milliardenschweren Bau von Wärmenetzen zur Ablösung der Gasnetze sollte der Bund darüber hinaus über ein Sondervermögen Energiewende nachdenken.

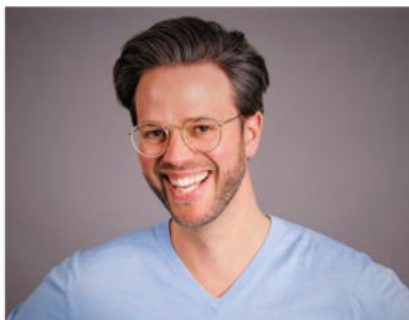


Drei Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion feierten ihren Geburtstag in den Sommerferien.

Der NewsLetter gratuliert

Martin Balasus
Karla Fock
Julian Fresch

sehr herzlich und wünscht ihnen Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und dass sie alle noch lange Freude an ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit haben werden.



TERMINE:

Montag, 15.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Mittwoch, 17.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 18.08.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung – Hettlingen, AZV

Montag, 22.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des Kreissenorenbeirates,
Elmshorn, Kreishaus

Montag, 22.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Mittwoch, 24.08.2022, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 24.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 25.08.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses
Kreishaus Elmshorn

Montag, 29.08.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Dienstag, 30.08.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreishaus

Dienstag, 30.08.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanzausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 31.08.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Kreistages
Elmshorn – Smart Factory

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, Kreis Pinneberg, B. E. Tiemann,

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de